

# Nachrichten aus Brüssel

## Nutzung elektronischer Rezepte

Die Europäische Kommission hat Ende Januar in Brüssel bekannt gegeben, dass Patienten erstmals von ihrem Arzt im Heimatland ausgestellte elektronische Rezepte in der Apotheke eines anderen EU-Mitgliedsstaates einlösen können. Vorreiter sind Finnland und Estland. Finnische Patienten können nun in estnischen Apotheken Arzneimittel erhalten, die ihnen von ihrem Arzt in Finnland elektronisch verschrieben wurden. Neu ist, dass die teilnehmenden Apotheken die elektronischen Verschreibungen über eine europäische digitale eHealth-Infrastruktur einsehen können und die Patienten keine schriftliche Verschreibung mehr vorlegen müssen. Rechtliche Grundlage für die Kooperation zwischen Estland und Finnland ist die 2011 verabschiedete EU-Patientenrechterichtlinie. Die Richtlinie räumt den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit ein, Gesundheitsdaten auszutauschen. Ziel der Europäischen Kommission ist, die Nutzung elektronischer Gesundheitsdienstleistungen auf diesem Wege zu intensivieren. Angedacht ist auch der Austausch von Patientenakten. Aktuell sind 22 EU-Mitgliedsstaaten an der europäischen eHealth-Infrastruktur beteiligt. Zehn weitere Staaten haben angekündigt, bis Ende 2019 dem Vorbild Finnlands und Estlands folgen zu wollen.

## Rumänischer Ratsvorsitz

Am 1. Januar 2019 hat Rumänien für ein halbes Jahr den Ratsvorsitz in der Europäischen Union übernommen. Es ist das erste Mal seit dem EU-Beitritt des Landes im Jahr 2007, dass der osteuropäische Staat eine Ratspräsidentschaft innehat. Der rumänische Ratsvorsitz fällt in eine Übergangszeit für die EU. Der Austritt Großbritanniens muss bewältigt werden. Die Neuwahlen des Europäischen Parlaments führen zu einer gewissen Unterbrechung des Brüsseler Politikbetriebs. Gleichzeitig steht die rumänische Regierung unter Führung der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Viorica Dăncilă massiv in der Kritik. Korruptionsvorwürfe und der geplante Rückbau des Rechtsstaats haben das Vertrauen der europäischen Partner in die rumänische Politik auf einen

Tiefpunkt sinken lassen. Schwerpunkte der Rumänen für die kommenden Monate sind das Zusammenwachsen der EU-Mitgliedsstaaten, der gemeinsame Schutz der EU-Außengrenzen und der Kampf gegen Cyberkriminalität, eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik sowie ein Europa gemeinsamer Werte. In diesem Kontext will man einen besonderen Fokus auf sozialpolitische Themen wie Solidarität, Chancengleichheit und Gleichbehandlung legen. Mit Blick auf den Binnenmarkt sprechen sich die Rumänen eher allgemein dafür aus, bestehende Barrieren für Verbraucher und Unternehmen weiter abzubauen. Im Bereich der Gesundheitspolitik wollen die Rumänen fünf fachliche Schwerpunkte setzen. So sollen Mitte Juni beim turnusmäßigen Treffen der EU-Gesundheitsminister Ratsempfehlungen angenommen werden, um die Ausbreitung von Antibiotikaresistenzen zu verhindern. Ferner will man sich den Themen Verbesserung der Impfraten, Zugang zu Arzneimitteln, Patientenmobilität in der EU sowie schließlich der Digitalisierung im Gesundheitswesen (eHealth) widmen.

## Engels klare Ansage

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) veranstaltete zum vierten Mal den Tag der Freien Berufe in Brüssel. Unter dem Titel „Freie Berufe 4.0: Nachhaltige Transformation beruflicher Merkmale“ tauschten sich rund 100 Teilnehmer aus ganz Europa in drei thematischen Diskussionsrunden über aktuelle Fragen rund um die Freien Berufe aus. Im dritten Panel, das sich mit dem Thema Fremdinvestoren befasste, zeigte der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel, am Beispiel der sich rasant entwickelnden Dentalketten in Europa die Auswirkungen der verstärkten Präsenz von Finanzinvestoren in freiberuflichen Tätigkeitsfeldern auf. Engel warnte davor, dass im Falle von Dentalketten Therapieentscheidungen zulasten der Patienten von Renditeüberlegungen überlagert werden könnten. Dadurch sei das Vertrauensverhältnis zwischen Zahnarzt und Patient akut bedroht. Anhand konkreter Negativbeispiele aus Frankreich, Spanien und den USA untermauerte er seine Ausführungen.

Dr. Alfred Büttner  
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK